



## Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohlen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

### **Nahversorgung sichern I: Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung als kommunale Pflichtaufgabe definieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs als integralen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und als kommunale Pflichtaufgabe festzuschreiben.

### **Begründung:**

Der Lebensmitteleinzelhandel befindet sich in Deutschland in einem tiefgreifenden Strukturwandel und Konzentrationsprozess. So ist die Anzahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte in den letzten zehn Jahren um 9,5 Prozent von 6.501 auf 5.883 zurückgegangen. Durchschnittlich schließen in Bayern monatlich knapp fünf Läden ihre Pforten für immer. Besonders betroffen sind davon die kleineren Supermärkte mit einer Fläche von bis zu 400 qm, die zugunsten einiger weniger, dafür aber immer größer werdenden Märkte verschwinden.

Die Entwicklungschancen kleiner Gemeinden, aber auch von Stadtteilen hängen jedoch ganz wesentlich davon ab, inwieweit es gelingt, weiterhin vor Ort für die Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Dabei kommt der ausreichenden Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs eine zentrale Bedeutung zu. Vielerorts können die betroffenen Kommunen aufgrund ihrer prekären Haushaltslage allerdings die vorhandenen Fördermöglichkeiten nicht nutzen, um vor Ort für die richtigen Rahmenbedingungen zur Sicherung der Nahversorgung zu sorgen, weil sie ihren Eigenanteil nicht finanzieren können oder dürfen. Der Erhalt der Nahversorgung muss deshalb als integrativer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge verstanden und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden. Auf diese Weise würde auch Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung die Möglichkeit gegeben, die vorhandenen Förderprogramme auszu-schöpfen.